

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 25. November 1950

Nummer 48

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Hintergründe der Geldverteuerung

Die Erhöhung der Zinssätze des Zentralbanksystems der Bundesrepublik um 2 vH (Erhöhung des Diskontsatzes von 4 vH auf 6 vH, des Lombardsatzes von 5 vH auf 7 vH) am 27. Oktober 1950 steht im Rahmen einer allgemeinen Erhöhung der Zinssätze der Zentralbanken in der westlichen Weltwirtschaft. Ueberall dient diese Verteuerung des Geldes dem Ziel, die durch die Ankündigung erhöhter Sicherungsrüstungen erheblich verstärkten konjunkturellen Expansionstendenzen etwas zu dämpfen und damit Uebersteigerungen und vor allem einen drohenden inflatorischen Preisauftrieb frühzeitig zu bekämpfen. Trotz dieser gemeinsamen Grundsituation sind jedoch die unmittelbaren Ursachen der Diskonterhöhung — etwa in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik — offensichtlich recht verschiedener Natur.

Die Diskonterhöhungen

In den letzten Monaten haben u. a. die Zentralbanken in folgenden Ländern ihren Diskont erhöht in: Dänemark am 4. Juli 1950 (von 3,5 auf 4,5 vH) und am 2. November 1950 (auf 5 vH), den Vereinigten Staaten am 18. August (von 1,5 auf 1,75 vH), Belgien am 11. September 1950 (das ganze System stark gestaffelter Zinssätze um 0,5 vH), den Niederlanden am 26. September (von 2,5 auf 3,0 vH), Kanada am 17. Oktober (von 1,5 auf 2,0 vH) und der Bundesrepublik Deutschland am 27. Oktober 1950 (von 4 vH auf 6 vH). Die Erhöhung in der Bundesrepublik ist also die stärkste und eine Erhöhung auf das im internationalen Vergleich absolut höchste Niveau. Diese Welle der Diskonterhöhungen zeigt aber noch nicht das ganze Ausmaß der Geldverteuerung. Wie in der Bundesrepublik wurden auch in den anderen Ländern, die Diskonterhöhungen vornehmen, und auch in solchen, die — wie z. B. Schweden — sie bis jetzt unterließen, die sonstigen Kreditkonditionen, wie Mindestreservesätze und Sonderkreditbedingungen vielfältiger Art, verschärft, so daß die Geldverteuerung im ganzen erheblich stärker und allgemeiner ist, als die Diskonterhöhungen allein erkennen lassen.

Wiederbelebung der Diskontpolitik als Konjunkturpolitik?

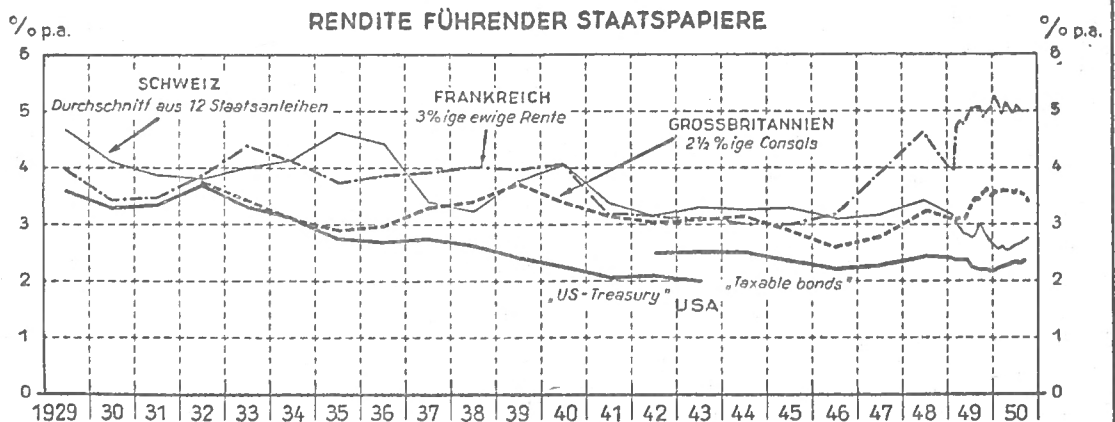
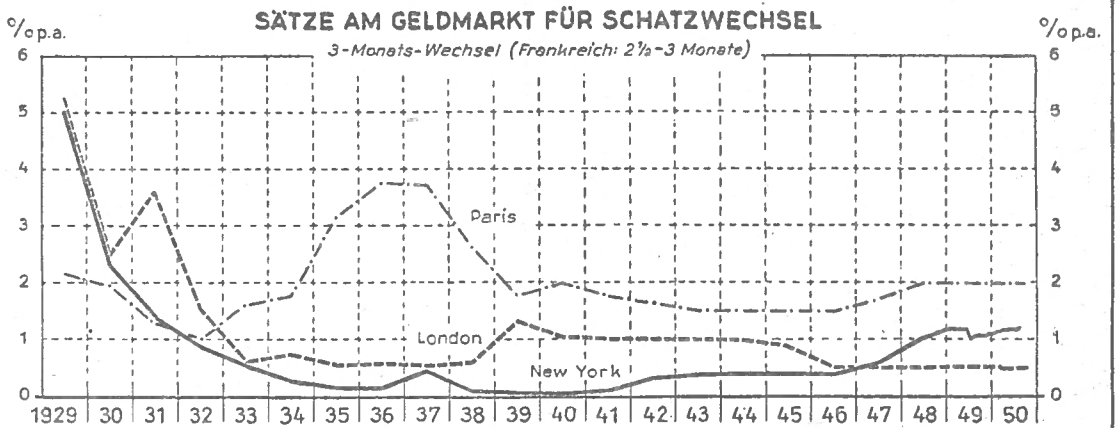
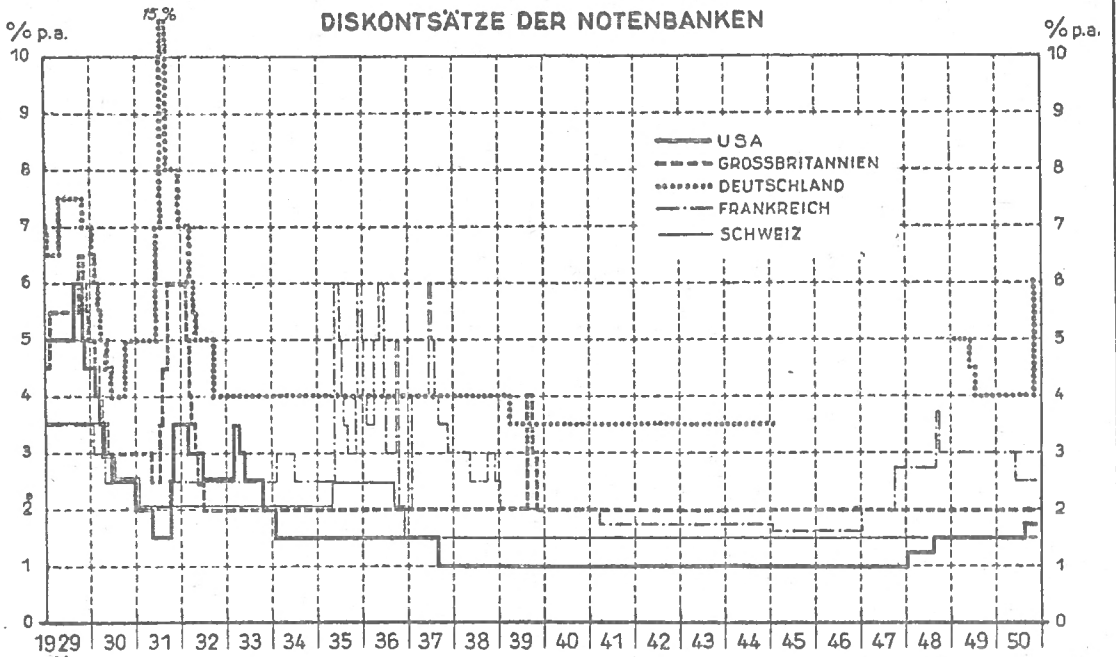
Nach der langen, seit Anfang der dreißiger Jahre anhaltenden Epoche des „billigen Geldes“ hat die Diskontpolitik als Mittel der Konjunkturpolitik — vor allem etwa durch die Ergebnisse der amerikanischen Douglas-Kommission — neuerdings wieder an Bedeutung gewonnen. In der fast in allen Ländern zu beobachtenden Auseinandersetzung zwischen Finanzministerium und Zentralnotenbank um die Abstimmung der Diskontpolitik, bei der meist das Finanzministerium im Interesse des Kurses der Staatspapiere und eines billigen Schuldendienstes sowie der Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes für neue

Staatsanleihen prinzipiell für ein niedriges Zinsniveau, die Notenbank aber aus konjunktur- und geldpolitischen Erwägungen für eine elastische, unter Umständen auch kräftige Erhöhung des Diskonts wagende Diskontpolitik eintrat, hat sich damit allgemein das Schwergewicht wieder etwas mehr zugunsten der Notenbank verschoben. Diese Wiederbelebung der klassischen Diskontpolitik bedeutet jedoch keineswegs, daß mit ihr allein die Probleme der Konjunkturpolitik ausreichend behandelt werden könnten oder daß man dies auch nur ernsthaft erhoffte. Aber sie ist eines von vielen Mitteln — und ein trotz mancher Bedenken einsatzbereites, wo vielfach zweckmäßigere und unmittelbarere und ohne bedenkliche Nebenwirkungen arbeitende Mittel noch fehlen. Im übrigen ist das Ziel der Verwendung des Lenkungsmittels der Diskontpolitik heute jedenfalls zunächst ein z. T. durchaus verschiedenes, meist je nach dem Grade der Auslandsabhängigkeit eines Landes und dem Maß noch vorhandener Reglementierung des Außenhandels und Devisenverkehrs. In den stark auslandsabhängigen und im Außenwirtschaftsverkehr einem freien Wirtschaftsverkehr zusteuenden Wirtschaften steht bei der Handhabung der Diskontpolitik die Rücksicht auf die Außenwirtschaftsbilanz notwendig ganz im Vordergrund; bei den von außenwirtschaftlichen Rücksichten freien Ländern dagegen — streng genommen gehören ohne Einschränkung nur die Vereinigten Staaten in diese Kategorie — ist es der eigentliche Hintergrund der ganzen Problematik, die Konjunkturbewegung als solche, auf den hin sich die Diskontpolitik unmittelbar ausrichtet.

Vordergründe

In den außenwirtschaftlich hochempfindlichen Ländern, zu denen in ausgesprochenem Maße die Bundesrepublik gehört, können die Umstände, die zu einer Diskonterhöhung führen, in hohem Grade zwingender Natur sein. Es besteht gegebe-

ZUR INTERNATIONALEN ENTWICKLUNG DER ZINSSÄTZE



nenfalls überhaupt keine „Wahl“ mehr. Wenn bei einem sehr kräftigen Anstieg der Binnenkonjunktur die Einfuhr der Ausfuhr so stark vorseilt, daß die Mittel zum Ausgleich eines — wenn auch nur vorübergehenden — Zahlungsbilanzdefizits einfach nicht mehr vorhanden sind, so muß die Binnenkonjunktur gedämpft werden, um die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Auf eine solche Situation ohne weiteres mit dem Übergang zur Außenhandelszwangswirtschaft, d. h. also vor allem der Drosselung der Einfuhr durch Einfuhrbewirtschaftung zu antworten oder, ohne daß andere, weiterreichende Notwendigkeiten vorliegen, mit Abwertung des Außenwertes der Valuta zu reagieren, um den gleichen Effekt der Beseitigung des Zahlungsbilanzdefizits mittelbar zu erreichen, hieße, wie aus dem folgenden noch näher hervorgeht, Mittel anwenden, die aus streng sachlichen Erwägungen nur bei noch viel und grundsätzlich bedenklicheren und gefährlicheren Situationen wirklich adäquat wären. Denn im Grunde ist, wie das der EZU von Peer Jacobsson und Alec Cairncross über die deutsche Devisensituation erstattetes Gutachten bekräftigt, eine solche Situation an sich noch keineswegs ungesund, sondern zunächst nur Zeichen stürmischen, allzu stürmischen Wachstums. Bedenklich ist dabei nur, daß die Frage der Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme der Geldverteuerung im Hinblick auf die grundlegende konjunkturelle Situation selbst bei dieser Ausrichtung auf die Vordergründe der Devisenbilanz offen und unentschieden bleibt, oder daß sie zumindest eine sehr sekundäre Rolle spielt.

Hintergründe

In einem großräumigen, praktisch autarken, schon nahezu vollbeanspruchten Wirtschaftskörper, wie dem der Vereinigten Staaten von Amerika im Herbst 1950, zielt eine Geldverteuerung unmittelbar darauf hin, daß eine Beanspruchung des Wirtschaftsapparates über das materiell mögliche Maß — unter Einschluß eines, eventuell etwas intensivierten trendmäßigen Wachstums — erst gar nicht versucht werde; dies würde nämlich zwangsläufig das Ingangbringen der sich nach oben drehenden Lohn-Preis-Spirale bedeuten, ohne daß der materielle Effekt der weiter gesteigerten Wirtschaftstätigkeit noch wüchse. Dieser Effekt könnte auf diese Weise sogar vermindert werden, und dadurch ausgelöste Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preis- und Lohnkontrolle würden die bei dieser Politik drohende Schmälerung des materiellen Effektes kaum ganz beseitigen können.

In einem in „kleine“ nationale Wirtschaften aufgespaltenen, zusammenhängenden Wirtschaftskörper, wie dem Europas, stößt die Expansion jedoch sehr leicht an die Außenwirtschaftsengpässe, lange bevor jenes Herantasten an die im ganzen gegebenen Expansionspielräume experimentell wirklich ausprobiert werden konnte.

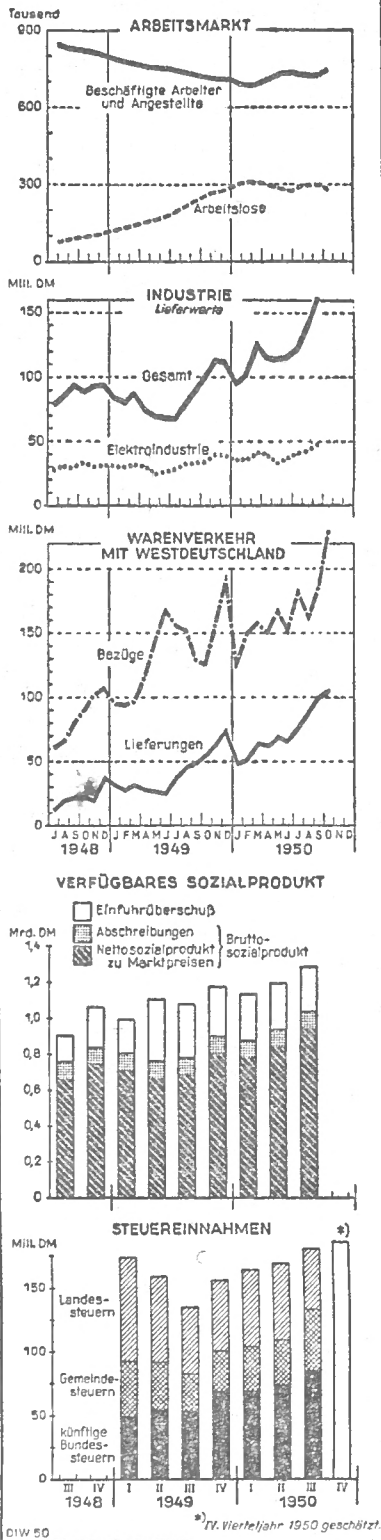
Dies gilt vor allem für den industriellen Kern dieses zusammenhängenden europäischen Wirtschaftsgebietes, an dem die Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Anteil hat. Es ist selbstverständlich, daß bei einem gemeinsamen europäischen Aufschwung, bei dem es darauf ankommt, alle Reserven zu erschließen, dieses Zentrum — auch zeitlich — zuerst kräftig Atem holt. Dies bedeutet Einfuhr, bevor die Produktion, d. h. also die Verarbeitung der Roh-

stoffe, beginnen kann. Dies bedeutet also auch einen hohen, zeitweiligen Einfuhrüberschuß. Wäre Europa eine einheitliche Zahlungs- und Währungsgemeinschaft — was es auch nach der Schaffung des EZU noch nicht endgültig ist —, so wäre dieses Atemholen im Kredit- und Währungsmechanismus Europas als Anspannung erst gar nicht zu spüren. Die Finanzierung dieses Einfuhrbedarfes wäre, was sie im Grunde auch bereits ist, ein gutes und solides „inländisches“ Finanzierungsgeschäft des europäischen Bankenapparates. Und die Diskontpolitik würde nicht so sehr auf die nationale Devisenlage blicken, als auf den Grad der im ganzen erreichten Anspannung der materiellen Produktionsmöglichkeiten. Jetzt aber droht eine nur auf die Vordergründe der Außenwirtschafts- und Devisenbilanz gerichtete Diskontpolitik den Aufschwung zu begrenzen, bevor er an die im ganzen gegebenen Expansionsgrenzen stößt und das im ganzen mögliche Wachstumstempo zu übersteigen sich anschickt. Eine in diesem Sinne „unnötige“, ja widersinnige Begrenzung der Investitionen ist die Begleitgefahr einer solchen an der Außenwirtschafts- und Devisenbilanz orientierten Diskontpolitik, während es doch jetzt auf die Beschleunigung des Wachstums gerade ankommt.

Doch wird durch die im Grunde bestehende Notwendigkeit der Berücksichtigung der gesamteuropäischen Produktionsmöglichkeiten die notwendige Bindung der nationalen Diskontpolitik an die „Daten“ der nationalen Außenwirtschafts- und Devisensituation leider nicht aufgehoben. Da diese „Daten“ vorläufig nicht ganz zu vernachlässigen sind, wäre die Entscheidung zur faktischen Gewährung eines erheblichen neuen Kreditlimits an die Bundesrepublik durch die EZU eine konjunkturpolitisch gute Entscheidung, obwohl nicht nur vom deutschen, sondern gerade auch vom gesamteuropäischen Standpunkt aus gesehen eine klare und auf alle Fälle ausreichende Erhöhung der deutschen „Swinggrenze“ zweifellos noch besser gewesen wäre als die Einräumung eines begrenzten Sonderkredits. Sie öffnet vorläufig wenigstens einen mittleren Weg zwischen dem „Datum“, daß die Kreditorganisation noch national ist und darauf Rücksicht genommen werden muß, und dem „an sich“ Richtigen. Die „Krise“ der deutschen Expansionspolitik hat sich somit, da sie den Weg in der Richtung auf die „richtige Lösung“ öffnete, aber nur dadurch, als heilsam erwiesen. Die gefundene Lösung zeigt die Richtung des weiteren Weges: verstärkte europäische Integration und somit natürliche Arbeitsteilung, Beseitigung der „Daten“ der nationalen Außenwirtschafts- und Währungspolitik und gemeinsam-europäische Kreditpolitik. Der konjunkturpolitisch durchaus gesunde Kern der Entscheidung und damit die an sich unbezweifelbare Solidität des gewährten Kredits wird sich um so rascher erweisen, als die übrigen europäischen Länder der Forderung der OEEC-Sachverständigen nach einer entsprechend den deutschen Vorleistungen stärkeren eigenen Liberalisierung ihres Handels im Verkehr mit Deutschland nachkommen und damit den Warenrückfluß, der auf jenes „Atemholen“ kommen muß, ermöglichen. Ebenso wichtig ist, daß unzweckmäßige Beschränkungen der Investitionstätigkeit trotz der noch immer bestehenden Bindung der nationalen Diskontpolitik an die „Vordergründe“ der Außenwirtschafts- und Devisensituation als Folge der Geldverteuerung vermieden werden.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte November 1950

ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN WESTBERLIN



Die Besserung der Westberliner Wirtschaftslage hält weiter an. Dies zeigt sich insbesondere in den neuesten Berichten über die Entwicklung der industriellen Produktion. Auch die Zahl der Beschäftigten ist im Oktober um rd. 7000 gestiegen, davon wurden 5000 Arbeitskräfte in den regulären Wirtschaftsprozess eingegliedert, 2000 Arbeitskräfte konnten zusätzlich bei den Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

Die Wende in der Wirtschaftsentwicklung um die Mitte des Jahres wird bei langfristiger Betrachtung besonders deutlich sichtbar. Das Nettosozialprodukt verharrte von Mitte 1948 bis Ende des dritten Quartals 1949, von kleineren Schwankungen abgesehen, auf einer vierteljährlichen Höhe von etwa 700 Mill. DM, im vierten Quartal 1949 stieg es auf etwa 800 Mill. DM, ein Stand, der bis etwa Mitte 1950 gehalten wurde. Im Juli 1950 bahnte sich ein neuer Aufstieg an. Das Nettosozialprodukt stieg im dritten Quartal 1950 nach unserer Schätzung auf 935 Mill. DM. Damit dürfte eine dauerhafte Hebung des Westberliner Wirtschaftsniveaus um abermals 15 bis 20 vH eingeleitet sein. Die Folgen: Besserung der Einkommen (und, damit verbunden, eine, wenn auch immer noch bescheiden zu nennende Hebung des Lebensstandards), Mehrung der für Investitionen zur Verfügung stehenden Sparbeträge (einschließlich der Rückstellungen der Unternehmer für Selbstfinanzierungszwecke), endlich Mehrung der Steuereinnahmen und damit größere Bewegungsfreiheit des öffentlichen Haushalts, sind teils bereits eingetreten, teils dürfen sie für die nächsten Monate erwartet werden.

Mit der Hebung des Wirtschaftsniveaus war zwangsläufig eine erhebliche Steigerung der Bezüge aus dem Westen verbunden. Diese Steigerung fiel mit einer saisonalen Erscheinung, nämlich der Voreindeckung für das Weihnachtsgeschäft, zusammen, so daß der Wert der Bezüge aus dem Westen außerordentlich anstieg, nämlich von monatlich rd. 150 Mill. DM im ersten Halbjahr 1950 auf monatlich knapp 180 Mill. DM im dritten Quartal 1950 und nahezu 240 Mill. DM im Oktober 1950.

Die Lieferungen nach Westdeutschland sowie auch die Exporte hielten mit dieser Einfuhrentwicklung zunächst Schritt, wobei der Passivsaldo der Westberliner Handelsbilanz sogar von monatlich etwa 87 Mill. DM im ersten Halbjahr 1950 auf monatlich 80 Mill. DM im dritten Quartal 1950 zurückging. Der Oktober brachte eine weitere Ausfuhrsteigerung, doch konnte hierdurch die starke Zufuhrsteigerung nicht ausgeglichen werden; der Passivsaldo stieg auf 125 Mill. DM.

Zusammengefaßt ist die Berliner Wirtschaftslage weiterhin günstig zu beurteilen, sofern es gelingt, durch entsprechende Abmachungen mit der Bundesrepublik die Rohstoffzufuhr auch für den gestiegenen und weiter steigenden Bedarf zu sichern.

Sozialpolitisch gesehen, bereiten allerdings die immer noch 280 000 Arbeitslosen große Sorgen, zumal das Tempo ihrer Einreihung in den regulären Wirtschaftsprozess aller Voraussicht nach kaum gesteigert werden kann.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1949						1950								
			Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Jul	August	Sept.
Anzahl der Werktage:			26	27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26	27	27
Bank deutscher Länder Guthaben bei ausl. Banken ¹⁾	DBR	Mill. DM	E	1221,7	1123,1	990,1	1070,3	986,6	833,9	724,6	642,5	657,6	803,4	892,7	1161,5	1317,8	1461,2
Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts (Aktiva)	"	"	"	1380,8	1440,7	1057,6	1120,3	1045,9	755,2	913,3	528,5	518,5	482,9	417,6	¹³⁾ 20,9	¹³⁾ 19,6	¹³⁾ 26,2
Wechsel und Schecks	"	"	"	798,7	1309,2	1621,0	2103,5	2505,8	2820,5	2946,6	2888,0	3139,8	3010,9	2850,1	¹⁴⁾ 2739,1	¹⁴⁾ 2667,8	¹⁴⁾ 2480,2
Lombardforderungen	"	"	"	1000,7	983,4	1130,9	1035,6	1144,9	1463,9	1491,8	1618,1	1458,4	1152,7	1098,8	1533,0	1417,2	¹⁴⁾ 3084,3
Forderung geg. d. öff. Hand.	"	"	"	5691,4	5695,5	5663,8	5848,5	5613,9	5875,7	5776,2	5837,2	5696,4	5808,1	5804,6	5776,5	5911,6	5893,8
Einlagen, insgesamt	"	"	"	1178,8	1147,4	997,5	1082,1	993,6	860,1	1151,0	1123,3	955,9	779,5	949,4	¹⁵⁾ 2791,7	¹⁵⁾ 2674,3	¹⁵⁾ 2535,0
Zahlungsmittelumlauf ²⁾	"	"	"	7107,4	7222,3	7453,2	7476,9	7386,0	7737,5	7609,7	7689,8	7828,3	7981,1	7936,4	¹⁶⁾ 8237,8	¹⁶⁾ 8168,3	¹⁶⁾ 8356,1
Geldvolumen ³⁾																	
Insgesamt	DBR	Mill. DM	S	20944	21218	21480	22298	22528	22539	22991	23376	23744	24409	25097	27143	27429	28005
dar. Bankeinlagen	"	"	"	13931	14040	14040	14380	14940	14807	15252	15605	15699	16351	17008	18858	19174	19827
dar. Sichteinlagen	"	"	"	7160	7440	7643	7966	7980	7991	7589	7402	7476	7708	8017	7940	¹⁷⁾ .	¹⁷⁾ .
Nichtausgewies. öff. Giroguthab.	"	"	"	325	363	411	408	610	402	540	481	625	498	580	557	437	435
480 Kreditinstitute ⁴⁾																	
Einlagen	DBR	Mill. DM	E	4972,5	5014,7	5184,3	5199,1	5179,5	5319,0	5148,8	5257,1	5274,1	5474,5	9591,5	9620,0	9985,9	10469,7
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	1812,7	2007,3	2126,4	2432,8	2611,2	2611,0	2610,7	2659,4	2666,9	2599,9	7703,9	7836,8	7942,0	8100,5
Wechsel, insgesamt ⁵⁾	"	"	"	1164,1	1080,1	1097,4	933,0	777,3	893,7	878,2	887,8	907,2	970,5	2769,5	2818,3	2879,2	2880,3
Schatzwechsel u. unverz.-anweis.	"	"	"	9,6	35,9	33,7	55,5	110,3	95,8	94,2	99,8	124,5	159,4	360,2	385,7	353,4	302,3
Überschussreserve ⁶⁾	"	"	"	140,2	127,3	169,8	102,5	87,1	154,7	95,9	74,0	78,3	99,8	84,0	65,6	86,8	60,4
Finanzen																	
Kassenmäß. Einnahm. a. Steuern, Zöllen und Abgaben, insgesamt ⁷⁾	DBR	Mill. DM	S	1369,5	1224,1	1090,8	1449,1	1300,3	1241,6	1551,1	1163,7	1272,8	1208,2	1099,4	1273,7	1065,7	1051,9
Besitz- und Verkehrsteuern ⁸⁾	"	"	"	1060,8	859,4	747,9	1087,7	907,5	860,3	1188,8	841,7	866,9	947,6	757,9	920,8	686,1	654,9
Lohnsteuern	"	"	"	173,8	175,6	177,4	181,1	176,0	170,1	200,6	183,2	181,8	171,3	155,8	76,4	63,2	87,7
Veranl. Einkommensteuern	"	"	"	285,2	163,5	135,7	274,1	166,5	130,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5	83,6	53,1
Umsatzsteuern	"	"	"	317,6	323,3	271,7	356,1	860,7	361,9	427,7	323,6	321,8	⁹⁾ 356,1	329,5	340,9	383,2	381,7
Körperschaftsteuern	"	"	"	177,8	97,1	85,3	180,0	100,3	89,2	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	308,7	364,7	342,9	361,4	392,8	381,3	362,3	322,0	405,9	233,6	341,5	352,9	379,6	397,0
Spareinlagen																	
Insgesamt	DBR	Mill. DM	S	2584,4	2684,6	2751,3	2821,1	2901,5	3060,6	3240,2	3376,5	3498,3	3610,7	3702,3	3825,0	3855,0	3869,0
dar. Kreditbanken	"	"	"	242,1	253,2	264,7	276,5	287,5	310,9	329,6	347,0	361,9	375,5	388,2	410,1	416,3	421,3
Sparkassen	"	"	"	1784,9	1849,5	1888,6	1932,4	1984,5	2088,0	2206,5	2296,8	2379,8	2457,6	2520,4	2599,1	2614,6	2623,3
Kreditgenossenschaften	"	"	"	426,5	443,6	455,8	468,5	483,0	511,4	542,0	562,3	578,4	593,2	604,1	618,3	622,7	624,0
Postspark. u. Postscheckk.	"	"	"	82,8	88,1	91,1	92,1	93,7	94,4	103,3	109,5	115,5	119,4	123,5	130,7	133,3	132,2
Saldo der Ein- u. Auszahlungen	"	"	"	+ 83,6	+ 79,0	+ 51,3	+ 59,7	+ 70,3	+ 119,8	+ 150,7	+ 117,5	+ 108,4	+ 104,7	+ 85,2	+ 114,0	+ 24,8	+ 15,5
Emissionen																	
Aktien	DBR	Mill. DM	S	3,8	1,7	3,0	1,0	1,6	1,6	0,7	1,1	5,3	1,0	5,8	8,1	4,8	5,8
Festverzinsliche Wertpapiere	"	"	"	451,4	55,0	261,5	1,5	5,0	38,0	41,5	30,0	56,0	15,0	46,0	63,0	114,0	30,1
Boden- und Kommunal- kreditinstitute																	
Umlauf an Schuldverschreibung.	DBR	Mill. DM	E	131,0	152,3	173,0	190,6	214,0	244,9	259,8	278,3	307,5	325,3	346,3	377,7	402,5	427,5
Hypothekendarlehen	"	"	"	71,0	81,4	91,7	99,7	112,6	127,7	138,5	150,7	161,6	170,8	179,8	189,4	198,8	208,1
Öfftl. rechtl. Kreditanstalten	"	"	"	56,2	65,0	74,2	83,3	92,1	106,3	111,7	119,7	138,0	146,4	157,6	177,2	191,6	206,7
Schiffspfandbriefbanken	"	"	"	3,8	5,9	7,1	7,6	9,3	10,9	9,6	7,9	7,9	8,1	8,8	11,1	12,2	12,8
Darlehensbestand, insgesamt	"	"	"	283,8	392,9	482,6	586,0	684,3	828,0	917,5	1024,1	1148,8	1239,4	1336,4	1458,8	¹⁰⁾ 1583,5	1776,8
Deckungsdarlehen	"	"	"	117,0	143,5	177,6	206,1	238,6	316,8	361,8	421,0	499,2	563,2	614,7	678,0	¹¹⁾ 730,1	837,8
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	119,7	196,7	245,0	302,7	357,4	446,5	485,8	518,7	563,5	579,0	623,0	675,4	742,8	834,1
Sonstige Darlehen	"	"	"	47,0	52,6	60,0	77,2	88,3	64,7	69,9	84,5	86,1	97,2	98,7	105,5	¹²⁾ 110,5	104,9
Sonstige Ausleihungen	"	"	"	116,1	93,2	96,4	88,8	108,8	98,0	111,5	130,5	153,1	170,9	180,0	226,9	¹³⁾ 292,0	323,0
dar. Darlehen an Sparkassen	"	"	"	"	"	"	"	"	56,8	65,3	82,6	103,5	120,5	135,1	164,2	¹⁴⁾ 173,1	190,7
Kreditsicherheit																	
Wechselproteste bei Landes- zentralbanken u. Geldinstitut. ¹⁵⁾	DBR	Anzahl	S	9497	9210	9450	9880	10772	11688	11598	13224	17370	17450	19895	20591	19548	19535
Vergleichsverfahren	"	1000 DM	"	9754	9490	9520	9387	10579	10820	10838	12535	15536	14833	15940	15073	13705	13921
Konkurse	"	Anzahl	"	125	121	109	108	109	103	117	116	187	155	170	160	173	148
	"	"	"	319	259	271	268	275	282	328	361	422	301	393	404	367	342
Aktienkursniveau																	
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien	¹⁶⁾ VWG	in vH des Nominal- wertes	E	21,38	21,70	26,10	40,47	54,26	64,16	61,38	59,54	54,00	58,45	56,81	56,05	59,63	62,22
Eisen- und Metallbearbeitung	"		"	30,39	30,32	33,76	43,59	54,93	62,51	64,83	63,76	59,58	61,35	60,45	62,35	62,53	64,71
Sonstige verarbeit. Industrien	"		"	43,47	44,09	48,70	56,57	66,78	72,33	76,86	77,41	73,40	74,29	73,86	74,18	78,91	75,81
Handel und Verkehr	"		"	28,12	28,99	32,72	43,88	53,11	58,12	60,91	59,46	54,69	55,97	54,70	54,87	54,71	54,02
Industrie, Handel u. Verkehr zus.	"		"	30,03	30,48	34,61	46,24	57,29	64,60	65,77	64,73	59,98	62,35	60,91	61,89	62,60	64,19
Kurse der 4 % Wertpapiere ¹⁷⁾	DBR	vH	D ¹¹⁾	7,40	7,65	7,70											

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Hauptamt für Statistik und Wahlen, Berlin-Wilmersdorf; — Magistrat Abt. Wirtschaft, Verkehr und Finanzen; — Landesfinanzamt Berlin; — Berliner Zentralbank; — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; — Verwaltung für Wirtschaft, Vertretung Berlin; — Hauptamt für Statistik, Ost-Berlin; — JEIA Berlin. (Joint Export Import Agency).